



Kiel, 17. Oktober 2017

Nr. 292 /2017

Martin Habersaat

## Ganztagschule muss ein bildungspolitisches Ziel sein

*Zur Studie der Bertelsmann-Stiftung über die Ganztagsangebote an Schulen erklärt der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Martin Habersaat:*

„Deutschland gehört zu den wenigen Ländern, in denen die meisten Schülerinnen und Schüler mittags nach Hause geschickt werden, wo sie sehr unterschiedliche Lernbedingungen vorfinden. Das ist eine der Ursachen dafür, dass die soziale Herkunft bei uns über den Bildungserfolg mitentscheidet.

Wir haben uns seit längerer Zeit auf den Weg gemacht, bedarfsdeckende Ganztagsangebote, aber auch gebundene Ganztagschulen bereitzustellen – nicht nur an Grundschulen, wie die Schwarze-Ampel-Koalition es will. Letztlich muss es um den Ausbau der gebundenen Ganztagschulen gehen. Lehrkräfte müssen den ganzen Schultag gestalten und begleiten, andere Angebote können diese Grundversorgung ergänzen.

Das wird Konflikte mit Lehrerinnen und Lehrern geben, die den ganzen Tag an der Schule verbringen müssten. Es wird Konflikte mit Eltern geben, die ihr Kind zum Mittagessen zuhause haben wollen. Und es wird Konflikte mit Sportvereinen und anderen Verbänden geben, die ihre Angebote den neuen Schulbedingungen anpassen müssten – der Konflikt um G9 lässt grüßen.

Ein Zwischenschritt könnten „teilgebundene Ganztagschulen“ sein, an denen der Ganztagsbetrieb an zwei Tagen pro Woche verbindlich ist oder die neben Ganztagszügen auch Halbtagszüge anbieten.

Anders als bei G9 wird es Bildungspolitikerinnen und Bildungspolitiker geben müssen, die einen Weg konsequent beschreiten und ihre Entscheidungen nicht jährlich neu nach Umfragen ausrichten. Wichtig sind auch Bildungspolitikerinnen und Bildungspolitiker, die den Ausbau der Ganztagsangebote unter dem Blickwinkel der besten Bildung für Kinder diskutieren und nicht zuerst unter der Leitfrage, ob Familie und Beruf sich gut vereinbaren lassen. Dieser Betreuungsaspekt der Schulen wäre ein positiver Nebeneffekt, nicht mehr. Letztlich müssen für all das Ressourcen bereitgestellt werden, von Schulträgern, Land und Bund. In der letzten

### Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion  
Landeshaus  
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:  
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05  
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail [pressestelle@spd.ltsh.de](mailto:pressestelle@spd.ltsh.de)  
Web [spd.ltsh.de](http://spd.ltsh.de)

Legislaturperiode haben wir hier nur kleine Schritte geschafft, weil das Ziel einer besseren Unterrichtsversorgung prioritär war. Jetzt gäbe es finanzielle Spielräume für große Schritte – wenn sie denn gewollt sind.“